Anlage II - Textfestsetzungen zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Nördlich der Koblenzer Straße" der Stadt Montabaur

- I. Bauplanungsrechtliche Bestimmungen
- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 I Nr. 1 BauGB)
- 1.1 Allgemeines Wohngebiet
- **1.1.1** Für eine Zone siehe Planeintrag wird ein **WA = allgemeines Wohngebiet** im Sinne des § 4 BauNVO mit 5 Teilbereichen WA 1 WA 5 festgesetzt.
- 1.1.2 Zulässig sind
- Wohngebäude,
- die der Versorgung des Gebiets dienende nicht störende Handwerksbetriebe,
- die der Versorgung des Gebiets dienende Läden und
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe (§ 1 VI BauNVO).
- **1.1.3** Die in § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO genannten Anlagen für soziale, kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke sowie Schank- und Speisewirtschaften sowie Ferienwohnungen als sonstige nicht störende Gewerbebetriebe sind nach § 1 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig.
- **1.1.4** Die in § 4 Abs. 3 BauNVO genannten Ausnahmen
- Betriebe des Beherbergungswesens,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe und
- Tankstellen

werden nach § 1 VI Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des festgesetzten allgemeinen Wohngebietes und sind somit nicht zulässig.

- **1.2** Für eine Zone siehe Planeintrag wird ein **MI = Mischgebiet** im Sinne des § 6 BauNVO mit 3 Teilbereichen MI 1 MI 5 festgesetzt.
- **1.2.1** Zulässig sind:
- Wohngebäude,
- Geschäfts- und Bürogebäude,
- Sonstige Gewerbebetriebe,
- Schank- und Speisewirtschaften
- **1.3.2** Die nach § 6 II Nr. 3 BauNVO zulässige Nutzung Einzelhandelsbetriebe wird gemäß § 1 V BauNVO wie folgt geregelt:
- **1.3.2.1** Zulässig sind nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe mit nicht nahversorgungs- und innenstadtrelevanten (Kern-)Sortimenten (vgl. zum Begriff unten Ziffer 1.3.2.3).
- **1.3.2.2** Einzelhandel ist außerdem in im unmittelbaren räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit Gewerbe- und Handwerksbetrieben stehenden unselbstständigen Verkaufsstellen zulässig, sofern das angebotene Sortiment im jeweiligen Betrieb selbst hergestellt, ver- oder bearbeitet wird.

Diese Einzelhandelsnutzung muss dem jeweiligen Gewerbe- oder Handwerksbetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse deutlich untergeordnet sein und wird

daher auf maximal 25 % der Bruttogrundfläche (BGF), maximal 350 m², festgesetzt.

- **1.3.2.3** Soweit vorstehend und nachfolgend Festsetzungen für Einzelhandelsbetriebe mit nicht nahversorgungs- und innenstadtrelevanten (Kern-)Sortimenten vorgesehen sind, gelten diese für Einzelhandelsbetriebe mit solchen (Kern-)Sortimenten, die nicht in der enumerativen Aufzählung der Liste der nahversorgungs- und innenstadtrelevanten Sortimente nach Anlage 1 enthalten sind.
- **1.3.2.4** Soweit vorstehend Einzelhandelsbetriebe mit nicht nahversorgungs- und innenstadtrelevanten (Kern-)Sortimenten als zulässig festgesetzt werden, sind auch nahversorgungs und innenstadtrelevante Randsortimente zulässig. Die zulässige Verkaufsfläche für Randsortimente wird gemäß § 1 V BauNVO dahingehend eingeschränkt wird, dass innenstadtrelevante Randsortimente in einem sachlichen Zusammenhang zum Hauptsortiment stehen müssen und auf maximal 10 % der Fläche des Hauptsortiments begrenzt werden.

Die danach zulässige Fläche für nahversorgungs- und innenstadtrelevante Randsortimente darf nicht ausschließlich mit einem einzigen Sortiment der Anlage 1 belegt werden.

- **1.3.3** Die in § 6 Abs. 2 BauNVO aufgeführten Nutzungen
- Nr. 3: Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten, sowie Betriebe des Beherbergungswesens
- Nr. 4: sonstige Gewerbebetriebe, sofern es sich um Bordelle und bordellähnliche Betriebe oder Ferienwohnungen handelt
- Nr. 5: Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Nr. 6: Gartenbaubetriebe,
- Nr. 7: Tankstellen und
- Nr. 8: Vergnügungsstätten

werden gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO nicht Bestandteil des Mischgebietes und sind somit nicht zulässig.

- **1.3.4** Die Ausnahmen nach § 6 Abs. 3 BauNVO Vergnügungsstätten i.S.d. § 4 a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO werden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Mischgebietes und sind somit nicht zulässig.
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 I Nr. 1 und Nr. 6 BauGB i.V.m. §§ 16 20 BauNVO)

2.1 Grundflächenzahlen

- **2.1.1** Die Grundflächenzahl GRZ für den Teilbereich WA WA 1 WA 5 wird auf 0,4 festgelegt.
- **2.1.2** Die Grundflächenzahl GRZ für den Teilbereich MI MI 1 MI 3 wird auf 0,6 festgelegt.
- **2.1.3** Allgemein gilt für die Ziffern 2.1.1 2.1.2, dass die Grundflächenzahl auch bei Grundstücksteilungen unter Miteinbeziehung der bestehenden Baukörper usw. zu ermitteln ist. Bei Grundstücksteilungen muss die festgesetzte Grundflächenzahl sowohl für das alte als auch für das neu gebildete Flurstück ermittelt werden.

2.2 Geschossflächenzahlen

2.2.1 Die Geschossflächenzahl - GFZ – für den Teilbereich WA – WA 1 – WA 5 - wird auf 0.8 festgesetzt.

- **2.2.2** Die Geschossflächenzahl GFZ für den Teilbereich MI MI 1 MI 3 wird auf 1,2 festgesetzt.
- **2.2.3** Allgemein gilt für die Ziffern 2.2.1 2.2.3, dass die Geschossflächenzahl auch bei Grundstücksteilungen unter Miteinbeziehung der bestehenden Baukörper usw. zu ermitteln ist. Bei Grundstücksteilungen muss die festgesetzte Geschossflächenzahl sowohl für das alte als auch für das neu gebildete Flurstück ermittelt werden.

2.3 Anzahl der zulässigen Vollgeschosse/Firsthöhe/Wohneinheiten - WA – Gebiet

2.3.1 WA 1

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal III und die Fristhöhe auf maximal 12,00 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 8 pro Einzelhaus bestimmt.

2.3.2 WA 2

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal II und die Fristhöhe auf maximal 10,50 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 2 pro Einzelhaus bestimmt.

2.3.3 WA 3

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal II und die Fristhöhe auf maximal 11,00 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 2 pro Einzelhaus und 2 pro Doppelhaushälfte bestimmt.

2.3.4 WA 4

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal III und die Fristhöhe auf maximal 14,00 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 8 pro Einzelhaus bestimmt.

2.3.5 WA 5

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal II und die Fristhöhe auf maximal 12,50 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 6 pro Einzelhaus und 3 pro Doppelhaushälfte bestimmt.

2.4 Anzahl der zulässigen Vollgeschosse/Firsthöhe/Wohneinheiten - MI - Gebiet

2.4.1 MI 1

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal III und die Firsthöhe auf maximal 12,00 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 8 pro Einzelhaus bestimmt.

2.4.2 MI 2

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal II und die Firsthöhe auf maximal 13,00 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 8 pro Einzelhaus bestimmt.

2.4.3 MI 3

Die Zahl der Vollgeschosse wird auf maximal III und die Firsthöhe auf maximal 12,00 m begrenzt. Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird auf maximal 6 pro Einzelhaus bestimmt.

2.5 Bezugspunkt

Als Bezugspunkt für die Bemessung der Firsthöhe wird für das gesamte Plangebiet jeweils der tiefste Punkt des natürlichen Geländes - Schnittpunkt Außenwand - Urgelände – am "Gebäude festgelegt.

2.6 Besondere Regelungen für Flach- und flachgeneigte Dächer

Bei Ausbildung von Flachdächern und flachgeneigten Dächern bis 15 Grad Dachneigung sowie Pultdächern ab 15 °Dachneigung sind die in den Ziffern 2.3 – 2.5 genannten Gebäude-/Firsthöhen – mit Ausnahme des WA 7 - um 1,50 m zu reduzieren.

2.7 Zulässige Ausnahmen von der festgelegten Firsthöhe

- **2.7.1** Von der maximal zulässigen Firsthöhe kann abgewichen werden, wenn ein Anbau an den vorhandenen Bestand angepasst werden soll. Die Firsthöhe des Bestands darf dabei nicht überschritten werden.
- **2.7.2** Von der maximal zulässigen Firsthöhe kann bei einem Ausbau des Dachgeschosses, bei Veränderungen der Dachform oder der Dachneigung abgewichen werden. Die Firsthöhe des Bestands darf dabei nicht überschritten werden.

3. Bauweise (§ 9 I Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)

- **3.1** Für die Teilbereiche WA 1, WA 2, WA 4, MI 1 MI 3 wird eine offene Bauweise mit Einzelhäusern vorgesehen.
- **3.2** In den Teilbereichen WA 3 und WA 5 wird eine offene Bauweise mit Einzel- und Doppelhäusern zugelassen.

4. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 I Nr. 6 BauGB)

Ergänzend zu den Regelungen unter Ziffer 2.4 wird die Anzahl der zulässigen Wohneinheiten in zweiter Reihe wird grundsätzlich auf 2 pro Einzelhaus bzw. 1 pro Doppelhaushälfte bestimmt.

Die Errichtung eines Gebäudes in zweiter Reihe ist grundsätzlich ausgeschlossen, wenn in der ersten Bauzeile bereits vier oder mehr Wohneinheiten realisiert wurden.

5. Flächen für Garagen und Nebenanlagen (§ 9 I Nr. 4 BauGB)

Garagen, Nebenanlagen und auch nur an einer Seite seitlich geschlossene Carports müssen einen Mindestabstand von 5 m zum öffentlichen Verkehrsraum einhalten.

6. Überbaubare Grundstücksflächen - § 9 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. 23 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die in der neuen Planzeichnung eingetragenen Baugrenzen verbindlich vorgegeben.

7. Mindestgrundstücksgröße -§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB -

7.1 Die Mindestgröße von Grundstücken wird im gesamten Plangebiet auf 500 m² festgelegt.

7.2 Ausnahmsweise kann im Einzelfall eine Abweichung von der festgesetzten Mindestgrundstücksgröße zugelassen werden, wenn ein Flurstück bereits mit zwei oder mehr Häusern bebaut ist und die Teilung nicht zum Zweck der Errichtung eines weiteren Gebäudes vorgenommen werden soll, sondern nur dazu dient, dass jedes Haus grundbuchrechtlich einer Parzelle zugeordnet werden kann.

Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes, insbesondere die Regelungen zu den Grund- und Geschossflächenzahlen, müssen durch die vorhandene Bebauung auf den neu gebildeten Flurstücken zwingend eingehalten werden.

8. Flächen für Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Garagen, überdachte Stellplätze (= Carports), Nebenanlagen und nicht überdachte Stellplätze sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Garagen, auch nur einseitig geschlossene Carports und Nebenanlagen müssen einen Mindestabstand von 5 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einhalten.

Vollständig offene Carports (= überdachte Stellplätze) und Stellplätze können in einer Breite von maximal 6,00 m auch unmittelbar an den öffentlichen Verkehrsflächen errichtet werden, wobei die vorderen Stützpfosten hierzu einen Mindestabstand von 1 m einhalten müssen.

Die Breite von Zufahrten zu Stellplatz-, Garagenanlagen u.ä. dürfen eine maximale Breite von 6,00 m an der jeweiligen Erschließungsstraße nicht überschreiten.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

1. Dachform und Dachneigung

- **1.1** Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind grundsätzlich alle Dachformen mit Dachneigungen zwischen 0 –45° zulässig.
- **1.2** Im Bereich des WA 2 sind nur Satteldächer mit Dachneigungen zwischen 30 45° zulässig.
- **1.3** Von der maximal zulässigen Dachneigung kann abgewichen werden, wenn ein Anbau an den vorhandenen Bestand angepasst werden soll.
- **1.4** Die Anbringung von Solaranlagen im Dachbereich ist zulässig. Die maximal zulässige Firsthöhe darf durch die Installation von Solaranlagen nicht überschritten werden.

2. Zahl der notwendigen Stellplätze

Es gelten die Regelungen der Stellplatzsatzung der Stadt Montabaur in der jeweils rechtswirksamen Fassung.

III. Naturschutzrechtliche Regelungen

Pflanzbindungen und Erhaltungsbindungen auf den Baugrundstücken - § 9 (1) Nr. 25 a und b BauGB -

Pro 150 qm unbebauter Grundstücksfläche ist mindestens ein kleinkroniger, standortorttypischer Laubbaum oder drei heimische Sträucher aus den Pflanzenlisten I und II des Anhangs zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

Bereits vorhandene Laubbäume und heimische Sträucher werden entsprechend angerechnet und sind bei Abgang gleichartig zu ersetzen.

IV. Bestandsschutz

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten nur für Neu-, Um – und Anbauten oder sonstige Veränderungen von baulichen Anlagen. Bereits bebaute oder bepflanzte Grundstücke sind bestandsgeschützt.

V. Aufhebung von Bebauungsplänen/Satzungen

Der Bebauungsplan "Auf dem oberen und unteren Wassergraben" mit allen bisherigen Änderungen wird aufgehoben und in vollem Umfang durch den neuen Bebauungsplan "Nördlich der Koblenzer Straße" ersetzt.

VI. Anlagen

1. Sortimentsliste

Abbildung 8: Sortimentsliste der nahversorgungs-, innenstadt- und nicht-innenstadtrelevanten Sortimente für die Stadt Montabaur

Definition innenstadt- und nahversorgungsrelevante Sortimente		Definition nicht-innenstadtrelevanter Sortimente*	
NZ-Nr.**	Bezeichnung	WZ-Nr.**	Bezeichnung
Vahversorgu	ung (nahversorgungsrelevante Sortimente***)		
7.11.1	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren		Ausnahme: Getränkefachmärkte
17.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren		
17.73	Apotheken		
aus 47.75	Drogerieartikel, (ohne kosmetische Erzeugnisse und Parfümerieartikel)		
aus 47.78.9	Wasch-, Putz-, Reinigungsmittel		
		45.32.0	Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör, Autokindersitze
3ekleidung,	Schuhe, Sport		
17.71	Bekleidung		
17.72	Schuhe, Lederwaren und Reisegepäck		
aus 47.64.2	Sportartikel (inkl. Sportbekleidung, -schuhe, -geräte)	aus 47.64.2	Sportgroßgeräte, Boote, Campingartikel und Campingmöbel
Bücher, Sch	reib- und Spielwaren		
7.61.0	Bücher		
17.62.1	Fachzeitschriften, Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen		
17.62.2	Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikel		
17.65	Spielwaren und Bastelartikel		
17.59.3	Musikinstrumente und Musikalien		
Interhaltung	selektronik, Computer, Elektro, Foto		
17.43	Geräte der Unterhaltungselektronik		
17.63	Ton- und Bildträger		
17.41	Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräte und Software		
17.42	Telekommunikationsgeräte		
aus 47.54	elektrische Haushaltsgeräte (nur Kleingeräte)	aus 47.54	elektrische Haushaltsgeräte (nur Großgeräte)
7.78.2	Foto- und optische Erzeugnisse		
Fortentzung f	olat		

		47.52.1	Metall- und Kunststoffwaren (u. a. Schrauben
		41.32.1	und -zubehör, Kleineisenwaren, Bauartikel, Dü- bel, Beschläge, Schlösser und Schlüssel, Instal- lationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung und Kli- matechnik, Bauelemente aus Eisen, Metall und Kunststoff, Werkzeuge aller Art; Werkstattein- richtungen, Leitern, Lager- und Transportbehäl- ter, Spielgeräte für Garten und Spielplatz, Draht waren, Rasenmäher)
		47.52.3	Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf
aus 47.76.1	Schnittblumen	aus 47.76.1	Pflanzen, Sämereien und Düngemittel (u. a. Baumschul-, Topf-und Beetpflanzen, Weih- nachtsbäume, Blumenbindereierzeugnisse, Blu- menerde, Blumentöpfe)
		47.76.2	zoologischer Bedarf und lebende Tiere (inkl. Fu termittel für Haustiere)
Möbel, Einric	chtungsbedarf		
		47.59.1	Wohnmöbel, Kücheneinrichtungen, Büromöbel
aus 47.51	Haushaltstextilien (Haus-, Tisch- und Bettwä- sche), Kurzwaren, Schneidereibedarf, Handar- beiten sowie Meterware für Bekleidung und Wä- sche	aus 47.51	Bettwaren (u. a. Matratzen, Lattenroste, Oberde cken)
		aus 47.53	Heimtextilien (Gardinen, Dekorationsstoff, Vorhänge, dekorative Decken)
		aus 47.53	Teppiche, Bodenbeläge und Tapeten
47.59.2	keramische Erzeugnisse und Glaswaren		
aus 47.59.9	Haushaltsgegenstände (u. a. Koch-, Brat- und Tafelgeschirre, Schneidwaren, Bestecke, nicht elektrische Haushaltsgeräte)	aus 47.59.9	Holz-, -Kork Flecht- und Korbwaren (u. a. Drechslerwaren, Korbmöbel, Bast- und Strohwa ren, Kinderwagen), Spiegel
		aus 47.59.9	Lampen, Leuchten und Beleuchtungsartikel
		aus 47.59.9	sonstige Haushaltsgegenstände (u. a. Bedarfs- artikel für den Garten, Garten- und Campingmö bel, Grillgeräte)
47.78.3	Kunstgegenstände, Bilder, kunstgewerbliche Er- zeugnisse, Briefmarken, Münzen und Geschenk- artikel		
		47.79	Antiquitäten und Gebrauchtwaren
Sonstige So	rtimente		
47.74	medizinische und orthopädische Artikel		
47.77	Uhren und Schmuck		
47.78.1	Augenoptiker		
47.64.1	Fahrräder, Fahrradteile und -zubehör		
47.78.3	Kunstgegenstände, Bilder, Bilderrahmen, kunst- gewerbliche Erzeugnisse, Briefmarken , Münzen und Geschenkartikel		
		aus 47.78.9	Handelswaffen, Munition, Jagd- und Angelgerät

2. Pflanzlisten

Pflanzenliste I - Laubbäume

Großkronige Bäume

Acer pseudoplatanus - Bergahorn
Acer platanoides - Spitzahorn
Fagus sylvatica - Rotbuche
Fraxinus excelsior - Esche
Tilia cordata - Winterlinde
Quercus petraea - Traubeneiche
Quercus robur - Stieleiche

Klein- bis mittelkronige Bäume

Acer campestre -Feldahorn Carpinus betulus -Hainbuche Malus sylvestris -Holzapfel Prunus avium -Vogelkirsche Traubenkirsche Prunus padus -Pyrus communis -Holzbirne Salix caprea -Salweide Sorbus aucuparia -Eberesche Sorbus aria – Mehlbeere

Für die Pflanzung im Westerwald geeignete Obstsorten:

Äpfel: Süßkirschen:

Apfel von Cronceles Büttners rote Knorpelkirsche

Berlepsch Dönissens gelbe "Boikenapfel Große schwarze "

Boskoop Hedelfinger Riesenkirsche
Cox Orange Schneiders späte Knorpelkirsche

Elstar

Geflammter Kardinal Pflaumen, Zwetschen und Mirabellen:

Geheimrat Oldenburg

Gelber Bellefleur Bühler Frühzwetschge
Gelber Edelapfel Deutsche Hauszwetschge
Goldparmäne Emma Leppermann
Goldrepette von Blenheim Essinger Frühzwetschge

Goldrenette von Blenheim Essinger Frühzwetschge Gravensteiner Große grüne Reneklode

Großer Rheinischer Bohnapfel Ontariopflaume

Jakob Lebel Wangenheims Frühzwetsche

James Grieve Nancy Mirabelle

Kaiser Wilhelm

Landsberger Renette Wildobst:

Ontario

Rote Rheinische Sternrenette
Schafsnase
Schöner von Nordhausen
Von Zuccalmaglio Renette
Wildapfel
Wildbirne
Eberesche
Speierling
Vogelkirsche

Zabergäu Renette Walnuß

Birnen:

Alexander Lukas Amanlis Butterbirne Boscs Flaschenbirne Clapps Liebling Gellerts Butterbirne Großer Katzenkopf Grüne Jagdbirne Gute Luise von Avanches Köstliche von Charneux Madame Verte Pointeau Wasserbirne

Pflanzenliste II – Sträucher

Acer campestre -Feldahorn Carpinus betulus -Hainbuche Cornus sanguinea – Hartriegel Cornus mas -Kornelkirsche Corvlus avellana -Haselnuß Crataegus monogyna -Weißdorn Euonymus europaea – Pfaffenhütchen Ligustrum vulgare -Liauster

Lonicera xylosteum -Heckenkirsche

Prunus spinosa -Schlehe Rhamnus catharica -Kreuzdorn Rhamnus frangula -Faulbaum Rosa canina -Hundsrose Rosa pimpinellifolia -Bibernellrose

Sambucus nigra -Schwarzer Holunder Sambucus racemosa -Traubenholunder

Salweide Salix caprea -

Viburnum lantana -Wolliger Schneeball Viburnum opulus – Wasserschneeball

VII. Hinweise

1. Landesamt für Geologie und Bergbau

Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020. DIN EN 1997-1 und -2. DIN 1054) zu berücksichtigen. Für Neubauvorhaben oder größere An- und Umbauten (insbesondere mit Laständerungen) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen empfohlen.

Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen.

Nach dem Geologiedatengesetz ist die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens 2 Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau RLP anzuzeigen. Für die Anzeige sowie die spätere Übermittlung der Bohrund Untersuchungsergebnisse steht das Online-Portal Anzeige geologischer Untersuchungen und Bohrungen RLP unter https://geoldg.lgb-rlp.de zur Verfügung.

2. Deutsche Telekom

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Diese unterirdischen Kabelanlagen wurden im Ortsbereich in einer Regeltiefe von 0,6 m und außerhalb in einer Regeltiefe von 0,8 m verlegt.

In Teilbereichen des Plangebietes befinden sich Bleimantelkabel. Sollte im Zuge von Bauarbeiten ein solches Kabel freigelegt werden, ist sofort die Deutsche Telekom zu verständigen, damit umgehend die erforderlichen Prüf- und ggf. Austauschmaßnahmen ergriffen werden.

Sollten sich in der Planungs- und/oder Bauphase Änderungen der Kabelführung ergeben, sind die erforderlichen Planungsschritte frühzeitig mit der Deutschen Telekom Technik GmbH, Moselweißer Straße 70, 56073 Koblenz oder St. Foy-Straße 35 – 39, 65549 Limburg abzustimmen.

3. Generaldirektion Kulturelles Erbe - Denkmalschutz

Der Planungsbereich wird von der Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Koblenz, als archäologische Verdachtsfläche eingestuft.

Im Vorfeld detaillierter Planungen und konkreter Bauvorhaben ist Kontakt mit o. g. Dienststelle aufzunehmen. Die Direktion ist unter landesarchäologie-koblenz@gdke.rlp.de oder 0261-66753000 zu erreichen. Weiterhin wird auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht (§ 16-21 DSchG RLP) hingewiesen.

Ungenehmigte sowie unangemeldete Erd- und Bauarbeiten im Bereich von archäo- logischen Fundstellen sind nach § 33 Abs. 1 Nr. 13 DSchG RLP ordnungswidrig und können mit einer Geldbuße von bis zu 125.000 € geahndet werden (§ 33, Abs. 2 DSchG RLP).

Verdacht auf archäologische Fundstellen

Bislang liegen der Direktion Landesarchäologie in diesem Bereich keine konkreten Hinweise auf archäologische Fundstellen vor. Allerdings stufen wir den Planungsbereich aus topographischen Gesichtspunkten als archäologische Verdachtsfläche ein. Dementsprechend können bei Bodeneingriffen bisher unbekannte archäologische Denkmäler zu Tage treten, die vor ihrer Zerstörung durch die Baumaßnahmen fachgerecht untersucht werden müssen.

Erläuterung Überwindungen / Forderungen

- Bekanntgabe des Erdbaubeginns

Der Vorhabenträger ist auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht (§16-21 DSchG RLP) hinzuweisen. Der Baubeginn ist mindestens 2 Wochen vorher per Email über landesarchaeologie-koblenz@gdke.rfp.de oder telefonisch unter 0261 6675 3000 anzuzeigen. Weiterhin sind der Vorhabentsräger wie auch die örtlich eingesetzen Firmen darüber zu unterrichten, dass ungenehmigte sowie unangemeldete Erd- und Bauarbeiten in Bereichen, in denen archäologische Denkmäler vermutet werden, nach § 33 Abs. 1 Nr. 13 DSchG RLP ordnungswidrig sind und mit Geldbußen von bis zu 125.000 Euro geahndet werden können (§33 Abs. 2 DSchG RLP).

VIII. DIN-Vorschriften und Regelwerke

Die in den textlichen Festsetzungen angegebenen DIN-Vorschriften und Regelwerke werden zu jedermanns Einsicht bei der Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur, Konrad-Adenauer-Platz 8, 56410 Montabaur, beim Sachgebiet 2.1 Planen und Bauen bereitgehalten.